



## Analyse des Budgetdienstes

### Budgetvollzug Jänner bis Juli 2015

Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- Monatserfolg Juni 2015 (74/BA)
- Monatserfolg Juli 2015 (78/BA)
- Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 2. Quartal 2015 (73/BA)
- Bericht gemäß § 54 Abs. 12 BHG 2013 über die im 2. Quartal 2015 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen (MVÜ) (75/BA)

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Budgetvollzugs

Die Konjunktur entwickelt sich 2015 bisher nur sehr verhalten. Gemäß Quartalsrechnung des WIFO wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen 2015 gegenüber der jeweiligen Vorperiode mit nur 0,2 % bzw. 0,3 %. Schwach entwickelten sich dabei insbesondere der private Konsum und die Bauinvestitionen, während sich bei der Exportwirtschaft und den Ausrüstungsinvestitionen eine beginnende Erholung abzeichnet. Für das Gesamtjahr 2015 schätzten WIFO und IHS das reale Wirtschaftswachstum in ihren Konjunkturprognosen vom Juni auf 0,5 % bzw. 0,7 %.<sup>1</sup> Die OeNB bestätigte kürzlich ihre Prognose von 0,7 %. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung für 2015 wurde noch ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 % erwartet.

---

<sup>1</sup> Die nächsten vierteljährlichen Konjunkturprognosen von WIFO und IHS werden am 29. September 2015 veröffentlicht.



Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin sehr angespannt. Die saisonal nicht bereinigte Arbeitslosenquote lag Ende August nach nationaler Berechnungsmethode bei 8,4 % (August 2014: 7,6 %). Laut waren AMS 327.145 Personen als arbeitslos vorgemerkt. Gegenüber dem August des Vorjahres bedeutet das einen Anstieg um 34.824 Personen bzw. 11,9 %, der zum Teil auf einen Rückgang der Personen in Schulungen zurückzuführen ist. Gleichzeitig weitet sich die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse kontinuierlich aus, im August war sie mit rd. 3,6 Mio. unselbständig aktiv Beschäftigten um 30.000 Personen oder fast 1 % höher als im Vorjahr. Für das Gesamtjahr 2015 prognostizieren WIFO und IHS aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Anstieg des Arbeitskräfteangebots einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9,3 % bzw. 9,1 % (prognostizierter Wert bei der Budgeterstellung 8,1 %).

## Aggregierte Entwicklung des Bundeshaushaltes bis Juli 2015

### Entwicklungen im Finanzierungshaushalt Jänner bis Juli 2015

Finanzierungsrechnung	Monatserfolg	Monatserfolg kumuliert				Jahreswerte			
	Jul 2015	Jän-Jul 2014	Jän-Jul 2015	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Erfolg 2014	BVA 2015	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
<b>Allgemeine Gebarung</b>									
Einzahlungen	4.972.8	38.608.4	37.979.6	-628.8	-1.6	71.462.8	71.525.4	62.5	0.1
Auszahlungen	6.427.5	43.926.5	43.094.7	-831.8	-1.9	74.652.6	74.719.2	66.7	0.1
<b>Nettofinanzierungsbedarf</b>	<b>-1.454.7</b>	<b>-5.318.1</b>	<b>-5.115.1</b>	<b>203.0</b>	<b>3.8</b>	<b>-3.189.7</b>	<b>-3.193.8</b>	<b>-4.1</b>	<b>-0.1</b>

Quelle: BMF, Monatserfolg Juli 2015

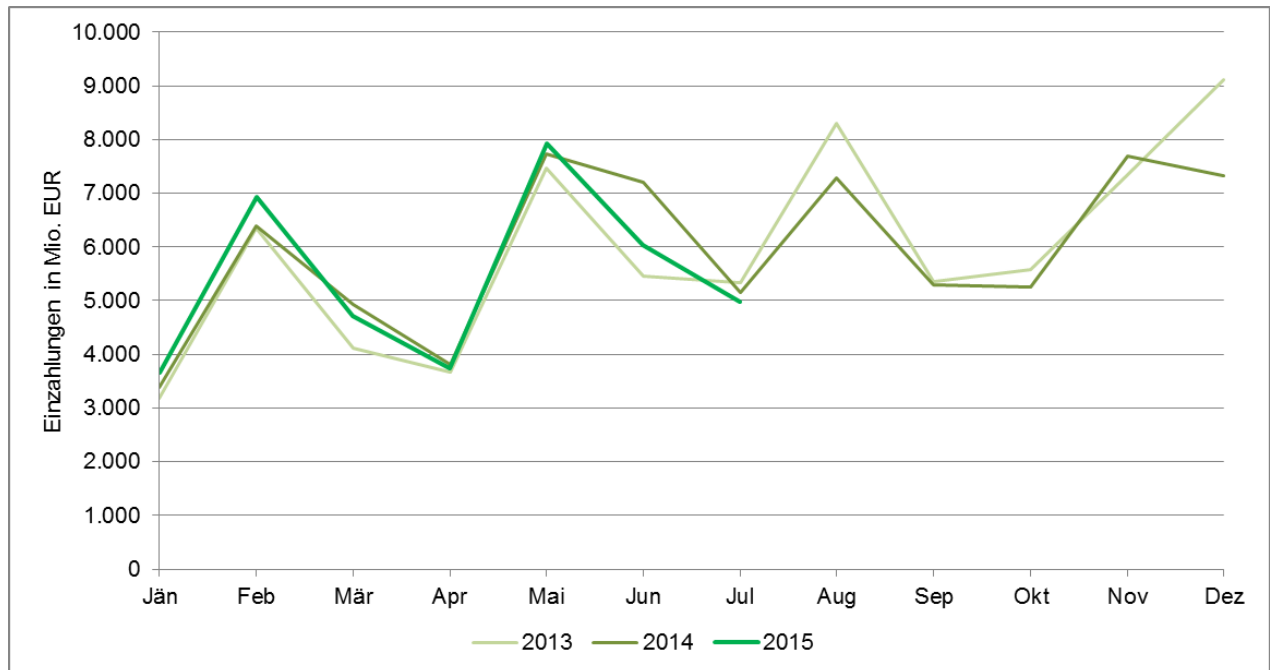
Die **Einzahlungen** von Jänner bis Juli 2015 betragen rd. 38,0 Mrd. EUR und sind damit um 1,6 % niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr wurde ein Anstieg gegenüber dem Erfolg 2014 um 0,1 % budgetiert. Der Rückgang der Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf die im Juni 2014 erfolgte Rückzahlung von Partizipationskapital iHv 1,8 Mrd. EUR zurückzuführen.

Die **öffentlichen Bruttoabgaben** entwickeln sich bislang annähernd wie budgetiert, obwohl das BMF zuletzt im Strategiebericht zum BFRG-E 2016 – 2019 aufgrund der schlechteren Konjunkturlage von einem Rückgang um insgesamt 1,5 Mrd. EUR gegenüber dem Voranschlag ausging. Sie sind zwischen Jänner und Juli 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 4,1 % bzw. rd. 1,7 Mrd. EUR auf 44,1 Mrd. EUR angestiegen, für das Gesamtjahr war ein Anstieg um 4,2 % budgetiert. Die im bisherigen Jahresverlauf gute Entwicklung ist jedoch in erster Linie auf Vorzieheffekte bei den Kapitalertragsteuern (+397 Mio. EUR bzw. +28 %) aufgrund der angekündigten Steuererhöhung und den Anstieg bei der veranlagten Einkommensteuer (+154 Mio. EUR bzw. +18,6 %) zurückzuführen. Auch die Lohnsteuer entwickelt sich bisher mit +5,0 %



annähernd wie budgetiert (BVA 2015 gegenüber Erfolg 2014 +5,2 %). Etwas schwächer als erwartet wächst die Körperschaftsteuer (8,5 % gegenüber +11,7 %), deutlich hinter den Erwartungen liegen die Einzahlungen aus der Umsatzsteuer (+1,5 % gegenüber +3,3 %).

### Monatliche Einzahlungen 2013 bis 2015



Quelle: BMF (Monatserfolge 2013 bis 2015), eigene Darstellung

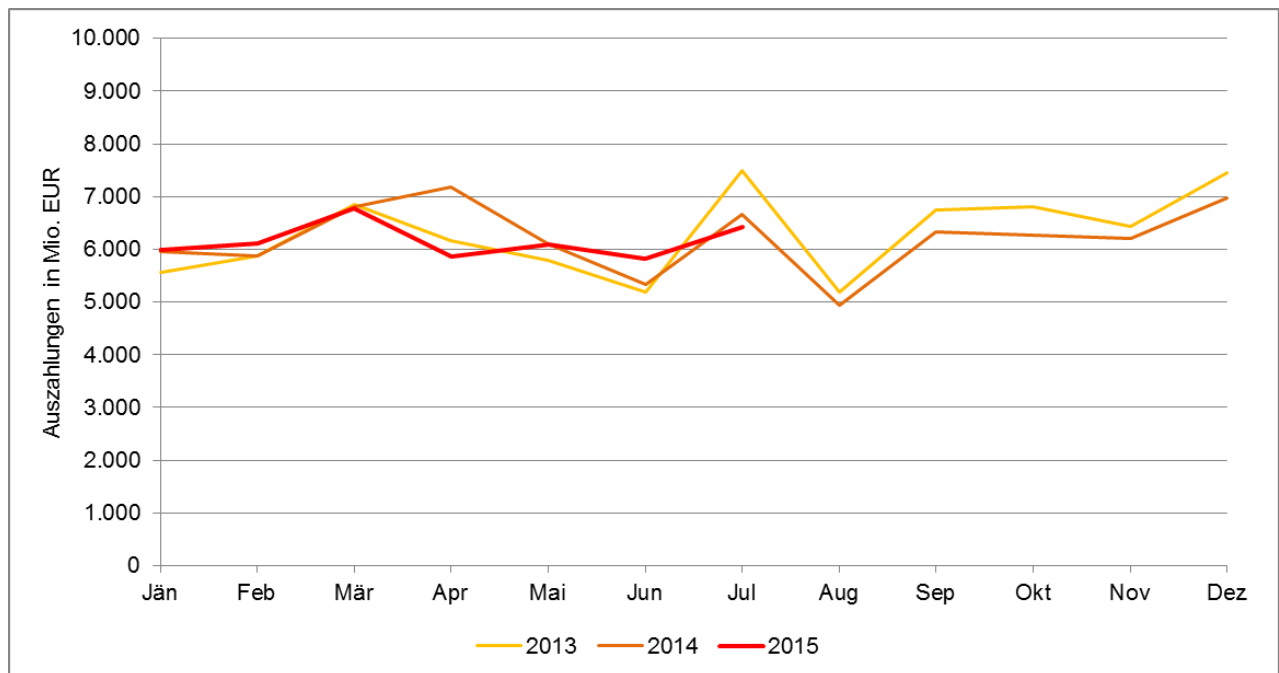
Die Einzahlungen weisen durch die Steuertermine jeweils Spitzen auf und sind generell in der zweiten Jahreshälfte höher als im ersten Halbjahr. Bei der Betrachtung der Einzahlungsverläufe sind weiters Einmaleffekte zu berücksichtigen. Beispielsweise erfolgte im August 2013 die Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die Erste Bank (1,2 Mrd. EUR), im Dezember 2013 wurden Einmaleinzahlungen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen iHv rd. 2,1 Mrd. EUR verbucht. Die höheren Einzahlungen im Juni 2014 stammen aus der Rückzahlung des Partizipationskapitals der RBI (1,8 Mrd. EUR).

Die **Auszahlungen** sind bis Ende Juli 2015 im Vorjahresvergleich um rd. 832 Mio. EUR bzw. 1,9 % zurückgegangen. Im BVA 2015 wurde für das Gesamtjahr mit einem Anstieg der Auszahlungen um 0,1 % gegenüber dem Erfolg 2014 gerechnet. Zu deutlichen Minderauszahlungen kommt es in der UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 923 Mio. EUR verringerten. Darüber hinaus lässt sich der Rückgang der Auszahlungen im Vergleich zum Juli des Vorjahres insbesondere auf die im letzten Jahr höheren Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität (750 Mio. EUR Kapitalerhöhung für ehemalige Hypo-Alpe-Adria Bank International AG) und in der UG 45-Bundesvermögen (445 Mio. EUR für die letzte Rate ESM) zurückführen. Höhere



Auszahlungen erfolgten bislang insbesondere für die Arbeitslosenversicherung (UG 20-Arbeit: +458 Mio. EUR), den Bundeszuschuss an die gesetzlichen Pensionsversicherungsträger (UG 22-Pensionsversicherung: +189 Mio. EUR) und für Familienleistungen (UG 25-Familien und Jugend: +146 Mio. EUR).

### Monatliche Auszahlungen 2013 bis 2015



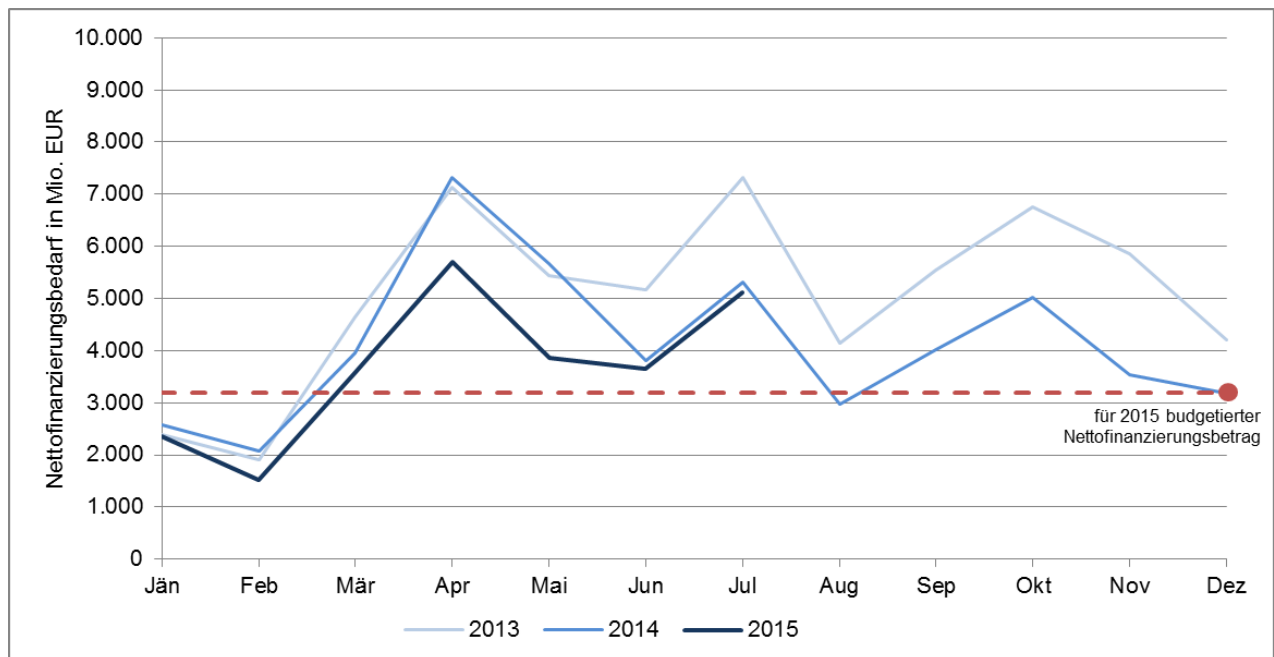
Quelle: BMF (Monatserfolge 2013 bis 2015), eigene Darstellung

Im Vergleich zu den Einzahlungen sind die Auszahlungen im Jahresverlauf gleichmäßiger verteilt, wobei zum Jahresende ebenfalls ein leichter Anstieg festzustellen ist. Das Jahr 2013 war von hohen Auszahlungen für die Bankenhilfe (3,3 Mrd. EUR) gekennzeichnet, die insbesondere den Vollzug im Juli, September und Dezember betrafen. Im April 2014 wurde neben der Bankenhilfe für die Hypo-Alpe-Adria (750 Mio. EUR) auch die letzte Rate an den ESM (445 Mio. EUR) überwiesen.

Die Entwicklung des kumulierten **Nettofinanzierungsbedarfs** folgt im zeitlichen Verlauf bisher weitgehend dem Muster der beiden Vorjahre. Durch den zeitlichen Verlauf der Einzahlungen weist er ebenfalls Spitzen auf und liegt im Juli jeweils noch deutlich über dem Jahresergebnis.



## Nettofinanzierungsbedarf kumuliert 2013 bis 2015



Quelle: BMF (Monatserfolge 2013 bis 2015), eigene Darstellung

Der budgetierte Nettofinanzierungsbedarf für das Gesamtjahr 2015 ist mit -3,2 Mrd. EUR nahezu ident mit dem Erfolg des Vorjahres. Die kumulierten Stände im Juni und Juli waren ebenfalls weitgehend ident, Abweichungen zuvor sind auf wie oben erwähnt insbesondere auf die Bankenhilfe bzw. die ESM-Rate im April 2014 zurückzuführen.

Laut mittelfristiger Finanzplanung und dem Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner – April 2015 (**Budgetcontrolling-Bericht**) per Ende April 2015 rechnete das BMF aufgrund der ungünstigeren Konjunktorentwicklung für 2015 mit einem höheren Maastricht-Defizit von 2,2 % des BIP. Bei der Übersicht über die Haushaltsplanung 2015 wurden noch 1,9 % des BIP erwartet. Bei den Einzahlungen geht das BMF davon aus, dass die öffentlichen Abgaben aufgrund der schlechteren Konjunktorentwicklung deutlich unter dem Voranschlag liegen werden. Auszahlungsseitig ist dem Budgetcontrolling-Bericht zufolge insbesondere in der UG 46-Finanzmarktstabilität mit einer Überschreitung der budgetierten Auszahlungen von bis zu 1,3 Mrd. EUR zu rechnen, auch im konjunktur reagiblen Arbeitsmarktbereich werden hohe Mehrauszahlungen erwartet. Darüber hinaus werden voraussichtlich in den UGs 11-Inneres, 12-Äußeres, 21-Soziales und Konsumentenschutz, 24-Gesundheit, 25-Familien und Jugend, 41-Verkehr, Innovation und Technologie, 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und 43-Umwelt mehr Budgetmittel gebraucht. In der UG 30-Bildung und Frauen wird ohne Gegensteuerungsmaßnahmen mit einem Mehrbedarf von 300 Mio. EUR gerechnet.



Im Budgetvollzug sind die negativen Abweichungen derzeit zwar in einzelnen Positionen bemerkbar, insgesamt verläuft die Entwicklung jedoch noch weitestgehend entsprechend dem Voranschlag. Hohe zusätzliche Auszahlungen aus der UG 46-Finanzmarktstabilität (für die Abwicklung der Hypo-Alpe-Adria Bank AG) werden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte anfallen.

## Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden auszugsweise jene Untergliederungen dargestellt, die im Finanzierungshaushalt hohe absolute und/oder prozentuelle Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum Jänner bis Juli des Vorjahres aufweisen und daher nachfolgend erläutert werden.

Die Erläuterungen beschränken sich auf die Finanzierungsrechnung, weil Buchungsperioden in der Ergebnisrechnung über das betreffende Monat hinausgehen und daher Buchungen auch rückwirkend möglich sind. Eine Analyse des aktuellen Monatserfolges der Ergebnisrechnung ist ohne weiterführende Informationen nicht möglich. Die Ergebnisrechnung wird auf Basis des nächsten Berichtes zum Budgetcontrolling, der das dritte Quartal mitumfasst, im Detail analysiert werden.

### Auszahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Auszahlungen	Vergleich Jän-Jul 2015 mit Jän-Jul 2014		Vergleich BVA 2015 mit Erfolg 2014	
		Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
20	Arbeit	457,9	11,2	-276,6	-3,7
25	Familien und Jugend	146,4	4,0	189,7	2,8
21	Soziales und Konsumentenschutz	85,3	4,9	34,6	1,2
11	Inneres	79,2	5,3	-70,8	-2,7
45	Bundesvermögen	-483,9	-60,8	-40,2	-3,8
46	Finanzmarktstabilität	-548,1	-72,7	-334,4	-43,7
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-922,9	-19,3	-145,4	-2,2
<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>		<b>-1.186,1</b>	<b>-6,8</b>	<b>-643,0</b>	<b>-2,3</b>
<i>übrige Untergliederungen</i>		<i>354,3</i>	<i>1,3</i>	<i>709,7</i>	<i>1,5</i>
<b>Summe alle Untergliederungen</b>		<b>-831,8</b>	<b>-1,9</b>	<b>66,7</b>	<b>0,1</b>

Quelle: Monatserfolge BMF, eigene Darstellung (Mehrauszahlungen rot, Minderauszahlungen grün)

Erhebliche Mehrauszahlungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres fielen bei den Untergliederungen 20-Arbeit, 25-Familien und Jugend, 21-Soziales und Konsumentenschutz sowie 11-Inneres an. Deutlich geringere Auszahlungen erfolgten bei den Untergliederungen 45-Bundesvermögen, 46-Finanzmarktstabilität und 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge.



## Einzahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Einzahlungen	Vergleich Jän-Jul 2015 mit Jän-Jul 2014		Vergleich BVA 2015 mit Erfolg 2014	
		Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
16	Öffentliche Abgaben	1.175,8	4,9	1.723,6	3,6
51	Kassenverwaltung	222,4	22,3	306,9	27,4
20	Arbeit	129,3	3,8	114,8	1,9
24	Gesundheit	-39,5	-63,2	-38,9	-44,4
45	Bundesvermögen	-134,6	-16,0	105,1	10,4
46	Finanzmarktstabilität	-2.334,9	-96,7	-2.361,3	-95,5
<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>		<b>-981,5</b>	<b>-3,1</b>	<b>-149,7</b>	<b>-0,3</b>
<i>übrige Untergliederungen</i>		352,7	5,1	212,3	1,6
<b>Summe alle Untergliederungen</b>		<b>-628,8</b>	<b>-1,6</b>	<b>62,5</b>	<b>0,1</b>

Quelle: Monatserfolge BMF, eigene Darstellung (Mindereinzahlungen rot, Mehreinzahlungen grün)

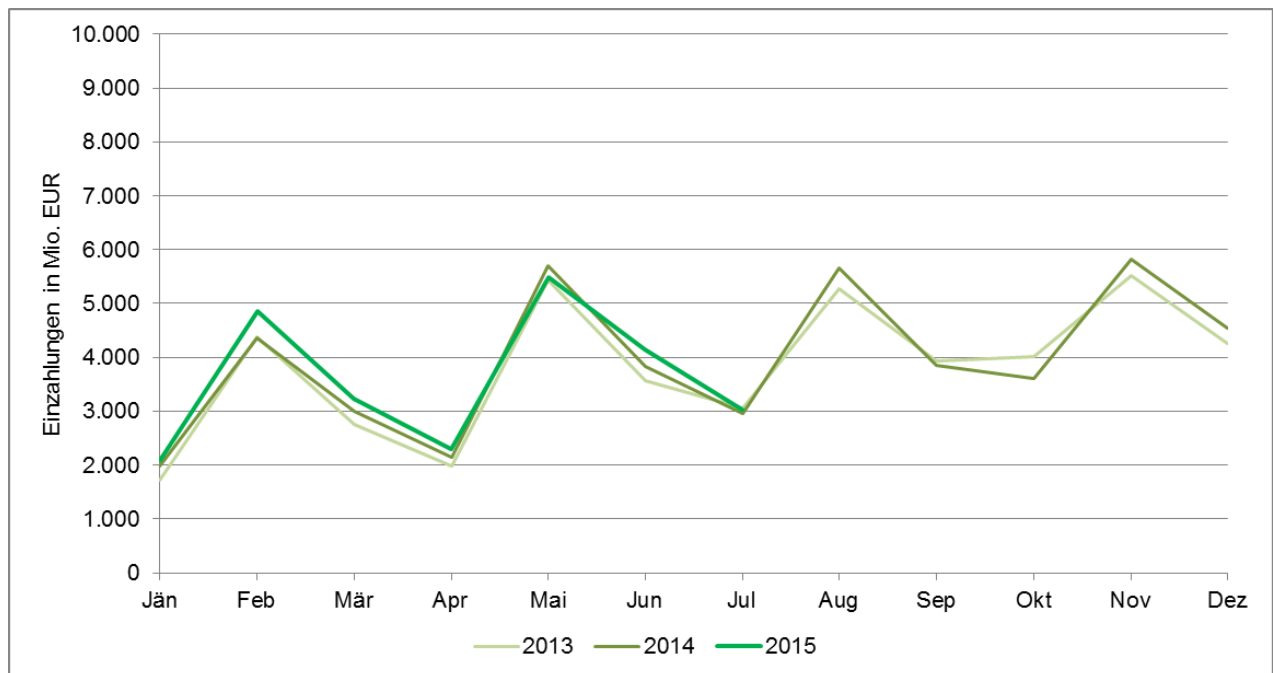
Die Einzahlungen bei den Untergliederungen 16-öffentliche Abgaben, 51-Kassenverwaltung und 20-Arbeit lagen deutlich über, bei den Untergliederungen 46-Finanzmarktstabilität und 45-Bundesvermögen erheblich unter dem Vorjahr.

### UG 16-Öffentliche Abgaben

Die öffentlichen Bruttoabgaben sind zwischen Jänner und Juli 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 4,1 % bzw. rd. 1,7 Mrd. EUR angestiegen und beliefen sich per Ende Juli auf rd. 44,1 Mrd. EUR. Während für das Gesamtjahr 2015 ursprünglich noch ein Anstieg von 4,2 % budgetiert worden war, prognostiziert das BMF gemäß dem Strategiebericht zum BFRG 2016 – 2019 nunmehr, dass die öffentlichen Bruttoabgaben aufgrund der schlechten Konjunkturlage um 1,5 Mrd. EUR hinter dem Budgetwert zurückbleiben und mit 2,25 % deutlich geringer ansteigen werden.



## Monatserfolge Öffentliche Abgaben 2013 bis 2015



Quelle: BMF (Monatserfolge 2013 bis 2015), eigene Darstellung

Entsprechend der schwachen Konjunktorentwicklung blieben die **Verbrauchs- und Verkehrssteuern** (BVA: 39,2 Mrd. EUR) in den Monaten Jänner bis Juli mit Einzahlungen iHv rd. 22,0 Mrd. EUR und einem Anstieg um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr deutlich hinter dem budgetierten Anstieg von 3,4 % zurück. Die geringe private Konsumnachfrage und die niedrigen Inflationsraten machen sich etwa in der Entwicklung der **Umsatzsteuer** (BVA: 26,3 Mrd. EUR) bemerkbar, deren Aufkommen im bisherigen Jahresverlauf gegenüber dem Vorjahr nur um 1,5 % angestiegen ist, während für das Gesamtjahr ein Anstieg um 3,3 % budgetiert war. In der im Strategiebericht enthaltenen Prognose für 2015, in der die schwächere Konjunktorentwicklung bereits berücksichtigt wurde, ging das BMF von einem Anstieg der Einzahlungen aus der Umsatzsteuer iHv 2,1 % aus.

Die Erhöhung der **Alkoholsteuer** (BVA: 155 Mio. EUR) und der **Normverbrauchsabgabe** (BVA: 560 Mio. EUR) mit 1. März 2014 führte im ersten Halbjahr des Vorjahres zu größeren Vorzieheffekten, die unter anderem ursächlich für die im Vorjahresvergleich starken Rückgänge in diesen beiden Steuerkategorien sein dürften. Insbesondere bei der Alkoholsteuer, deren Gesamtaufkommen 2014 gegenüber dem Vorjahr um rd. 42 Mio. EUR (32,5 %) angestiegen ist, dürften die Einzahlungen jedoch auch im Gesamtjahr 2015 deutlich hinter dem Vorjahreswert zurückbleiben. Im BVA 2015 wurde hier mit einem Rückgang um 9,7 % gerechnet. Bei der Normverbrauchsabgabe dürfte der budgetierte Wert iHv 560 Mio. EUR (+28 % gegenüber dem Vorjahr) ebenfalls deutlich unterschritten werden,





auch wenn sich das Ergebnis im Vorjahresvergleich angesichts der schwachen Entwicklung im zweiten Halbjahr 2014 noch verbessern könnte (-13,8 % im bisherigen Jahresverlauf).

Auf konstant hohem Niveau befinden sich im bisherigen Jahresverlauf die Einzahlungen aus der **Grunderwerbsteuer** (BVA: 880 Mio. EUR). Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum war hier in den Monaten Jänner bis Juli eine Steigerung um 62 Mio. EUR (12,3 %) zu beobachten, die deutlich über den für das Gesamtjahr budgetierten Anstieg von 1,5 % hinausgeht. Diese starke Entwicklung dürfte auf Vorzieheffekte aufgrund der ab 2016 wirksamen Änderungen im Bereich der Grunderwerbsteuer zurückzuführen sein und könnte sich somit in der zweiten Jahreshälfte 2015 fortsetzen oder sogar noch verstärken.

Ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr ist bei der **Kapitalverkehrssteuer** (BVA: 100 Mio. EUR) zu beobachten, die mit einem Aufkommen von rd. 33 Mio. EUR um 43,5 % unter dem Vorjahreswert liegt. Dies resultiert zumindest teilweise aus einem Einmaleffekt im ersten Halbjahr 2014 aufgrund der damaligen Kapitalerhöhung der Raiffeisenbank International iHv rd. 2,8 Mrd. EUR. Für das Gesamtjahr sind im BVA 2015 Einzahlungen iHv 100 Mio. EUR (+27 % gegenüber Erfolg 2014) budgetiert.

Die Entwicklung der **Einkommens- und Vermögenssteuern** (BVA: 41,9 Mrd. EUR) lag im bisherigen Jahresverlauf mit einem Gesamtaufkommen von rd. 21,5 Mrd. EUR und einer Steigerung um 6,3 % gegenüber dem Vorjahr trotz der schwachen konjunkturellen Lage deutlich über dem budgetierten Anstieg um 4,8 %. Nachdem die Einzahlungen aus der **Lohnsteuer** (BVA: 27,3 Mrd. EUR) Anfang des Jahres unter den Erwartungen zurückgeblieben waren, kann hier eine deutliche Verbesserung in den Monaten Juni und Juli festgestellt werden. Insgesamt liegen die Einzahlungen aus der Lohnsteuer um 730 Mio. EUR bzw. 5,0 % über dem Vorjahreserfolg, womit der budgetierte Anstieg von 5,2 % zumindest im bisherigen Jahresverlauf beinahe erreicht wurde. In der im Strategiebericht aktualisierten Einzahlungsprognose erwartet das BMF für 2015 einen Anstieg der Einzahlungen aus der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % auf 27,0 Mrd. EUR. Dieser aktualisierte Prognosewert dürfte erreicht bzw. sogar überschritten werden können.

Ein wichtiger Faktor hinter der positiven Entwicklung der Einkommens- und Vermögenssteuern sind Vorzieheffekte bei der **Kapitalertragssteuer** (BVA: 2,7 Mrd. EUR) vor allem im Monat März, deren Aufkommen in den Monaten Jänner bis Juli um rd. 397 Mio. EUR bzw. 28,0 % über den Vorjahreswerten lag. Budgetiert wurde ein Rückgang um 2,5%. Auch bei der konjunkturreagiblen **Körperschaftsteuer** (BVA: 6,6 Mrd. EUR) kann ein Anstieg von 8,5 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden, wobei eine Steigerung



von 11,7 % budgetiert worden war. Die **veranlagte Einkommenssteuer** (BVA: 3,5 Mrd. EUR) lag hingegen mit einem Anstieg um 154 Mio. EUR (+18,6 %) deutlich über dem budgetierten Wert (+3,4 %).

Die **öffentlichen Nettoabgaben** (BVA: 49,2 Mrd. EUR) betragen im Zeitraum Jänner bis Juli 2015 rd. 25,2 Mrd. EUR und liegen damit um rd. 1,2 Mrd. EUR bzw. 4,9 % über den Vorjahreswerten. Diese gegenüber dem budgetierten Anstieg von 3,6 % deutlich bessere Entwicklung geht insbesondere auf die starke Entwicklung der Einkommens- und Vermögenssteuern sowie auf außertourliche Rückzahlungen von **EU-Beiträgen** im 1. Quartal 2015 zurück, die 2014 aus der Neuberechnung der EU-Beiträge entstanden sind und in der Maastricht-Rechnung bereits 2014 berücksichtigt wurden.

### UG 20-Arbeit

Die **Auszahlungen** in der UG 20-Arbeit betragen im bisherigen Jahresverlauf rd. 4,6 Mrd. EUR und stiegen damit gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 458 Mio. EUR bzw. 11,2 % an. Da die Auszahlungen bereits 2014 deutlich stärker als bei der Budgeterstellung erwartet angestiegen sind, liegt der Wert des BVA 2015, der gleichzeitig mit dem BVA 2014 erstellt wurde, um 3,7 % unter dem Erfolg 2014. Das BMF ging daher im Rahmen der mittelfristigen Budgetplanung im März 2015 davon aus, dass dieser Wert um 850 Mio. EUR überschritten werden wird, woraus sich ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr iHv 7,7 % ergeben würde. Aufgrund der weiterhin angespannten Arbeitsmarktlage und den damit verbundenen hohen passiven Leistungen könnte auch dieser korrigierte Wert im Gesamtjahr 2015 überschritten werden. Ein erhöhter Mehrbedarf für zusätzliche Förderprojekte kann laut Budgetcontrolling-Bericht des BMF aus einer Entnahme von Mitteln aus der Arbeitsmarktrücklage finanziert werden. Gleichzeitig entwickelten sich die **Einzahlungen** aus Arbeitsversicherungsbeiträgen aufgrund der steigenden Beschäftigung positiv. Im Vorjahresvergleich stiegen sie in den Monaten Jänner bis Juli 2015 um 129 Mio. EUR bzw. 3,8 % an (budgetiert: 1,9 %).

### UG 21-Soziales und Konsumentenschutz

Die Dynamik der **Auszahlungen** in der UG 21-Soziales und Konsumentenschutz hat sich in den Monaten Juni und Juli etwas abgeschwächt, aufgrund der hohen Auszahlungen in den Vormonaten, die vor allem auf höhere Vorschussleistungen an die Pensionsversicherung im Bereich Pflege zurückgingen, liegen diese jedoch um 85 Mio. EUR bzw. 4,9 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Für das Gesamtjahr 2015 ist ein Anstieg gegenüber dem Erfolg 2014 um 1,2 % budgetiert, wobei es jedoch laut BMF insbesondere aufgrund des Mehrbedarfs für 24-Stunden-Betreuung und pflegende Angehörige zu einer Überschreitung



kommen wird.

### **UG 11-Inneres**

Die **Auszahlungen** in der UG 11-Inneres sind bis Juli 2015 um 5,3 % (79 Mio. EUR) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Vergleich zum Erfolg 2014 iHv 2,6 Mrd. EUR sollen die Auszahlungen 2015 jedoch um 2,7 % (71 Mio. EUR) sinken. Laut dem Budgetcontrolling-Bericht ist mit Überschreitungen des BVA wegen den steigenden Grundversorgungskosten im Asylbereich und bei Mieten, IT-Bereich, Dienstbetrieb der Sicherheits- und Kriminalpolizei sowie aufgrund des Sicherheitspakets zu rechnen.

### **UG 25-Familien und Jugend**

In der UG 25-Familien und Jugend stiegen die **Auszahlungen** bis Ende Juli im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund der Erhöhung der Familienbeihilfe per 1. Juli 2014 um 146 Mio. EUR (+4,0 %) Für das Gesamtjahr wurde ein Anstieg um 2,8 % (+190 Mio. EUR) budgetiert. Insgesamt werden Mehrauszahlungen aus Rückzahlungen an die Gemeinde Wien erwartet.

### **UG 45-Bundesvermögen**

In der UG 45 sind die **Auszahlungen** per Ende Juli 2015 aufgrund des Entfalls der ESM-Ratenzahlungen (2014: 445 Mio. EUR) mit rd. 312 Mio. EUR deutlich niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr sind jedoch Auszahlungen iHv 1 Mrd. EUR budgetiert. Die **Einzahlungen** verringerten sich im Vorjahresvergleich um 135 Mio. EUR auf 707 Mio. EUR, laut dem Budgetcontrolling-Bericht gehen diese insbesondere auf geringere Liegenschaftsverkäufe und niedrigere Haftungsentgelte im Ausfuhrförderungsverfahren zurück. Insgesamt wurden Einzahlungen iHv 1,1 Mrd. EUR budgetiert.

### **UG 46-Finanzmarktstabilität**

In der UG 46-Finanzmarktstabilität wurden bis Ende Juli 2015 **Auszahlungen** iHv 206 Mio. EUR getätigt, davon entfallen 196 Mio. EUR auf eine Kapitalzufuhr an die HBI-Bundesholding auf Grundlage des HBI-Bundesholdinggesetzes im Juni 2015 zwecks Kapitalisierung der Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A (HBI, Italiertochter). Die höheren Auszahlungen von 750 Mio. EUR im Vergleichszeitraum des Vorjahres erfolgten für eine Kapitalstützungsmaßnahme bei der ehemaligen Hypo Bank International AG. Während im Bundesvoranschlag 2015 noch Auszahlungen iHv 431 Mio. EUR budgetiert waren, geht das



Bundesministerium für Finanzen laut dem Budgetcontrolling-Bericht von einer Überschreitung bis zu 1,3 Mrd. EUR aus. Demnach entfällt 1 Mrd. EUR auf die Haftung des Bundes für die Nachranganleihe der früheren Hypo-Alpe-Adria Bank AG bzw. HETA Asset Resolution AG sowie 300 Mio. EUR auf sonstige Haftungen des Bundes.

Die **Einzahlungen** belaufen sich bis Ende Juli auf 79 Mio. EUR und sind damit im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund der 2014 abgeschlossenen Rückzahlungen des Partizipationskapitals (mit Ausnahme der ÖVAG) und der darauf entfallenden Dividenden um 2,3 Mrd. EUR niedriger. Darüber hinaus sind die Haftungsentgelte aus dem Finanzmarktstabilitätsgesetz bzw. aufgrund des Zahlungsmoratoriums laut Bankenabwicklungssanierungsgesetz stark rückläufig. Für das Gesamtjahr wurden Einzahlungen iHv 112 Mio. EUR budgetiert.

### **UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge**

In der UG 58 sind die in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen besser interpretierbar als die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung. In der Ergebnisrechnung erfolgt eine Aufteilung der Agien und Disagien auf die gesamte Laufzeit und eine periodengerechte Abgrenzung von Zinszahlungen. Über den gesamten bisherigen Jahresverlauf waren die Zinsaufwendungen deutlich niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Kumuliert beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 322 Mio. EUR bzw. 8,1 % (Finanzierungsrechnung: -923 Mio. EUR bzw. -19,3 %). Auch für das Gesamtjahr ist mit einer deutlichen Unterschreitung des budgetierten Anstiegs von 6,0 % zu rechnen.



## Mittelverwendungsüberschreitungen

Insgesamt wurden 2015 bis zum 2. Quartal Mittelverwendungsüberschreitungen iHv 133,1 Mio. EUR getätigt, im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren dies 177,9 Mio. EUR. Die gesamten Rücklagen belaufen sich per 31. Dezember 2014 auf 18,4 Mrd. EUR.

Im 2. Quartal 2015 wurden Mittelverwendungsüberschreitungen iHv insgesamt 105,3 Mio. EUR (Vorjahr: 90,7 Mio. EUR) genehmigt. Knapp 90 % davon entfallen auf Rücklagenentnahmen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die per Ende des 2. Quartals 2015 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen:

Mittelverwendungsüberschreitungen Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR</i>		2015		
		1. Quartal	2. Quartal	Gesamt
gesetzl. Grundlage	Erläuterung			
<b>Umschichtungen</b>				
Art. IV Abs. 1 Z 1	zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets derselben Untergliederung		0,190	<b>0,190</b>
Art. IV Abs. 1 Z 2	zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik	20,000	0,855	<b>20,855</b>
<b>Summe</b>		<b>20,000</b>	<b>1,045</b>	<b>21,045</b>
<b>unterjährige Rücklagen (Mehreinzahlungen)</b>				
Art. V Abs. 1 Z 2	zweckgebundene Gebarungen		0,445	<b>0,445</b>
Art. V Abs. 1 Z 1	Mehreinzahlungen		10,365	<b>10,365</b>
<b>Summe</b>		<b>0,000</b>	<b>10,810</b>	<b>10,810</b>
<b>Rücklagen</b>				
Art. VIZ. 2	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)	7,850	91,897	<b>99,747</b>
Art. VIZ 1	bei Überschreitung variabler Mittelverwendungsobergrenzen		1,500	<b>1,500</b>
<b>Summe</b>		<b>7,850</b>	<b>93,397</b>	<b>101,247</b>
<b>Gesamt</b>		<b>27,850</b>	<b>105,252</b>	<b>133,102</b>

Quelle: BMF, Stand 22. Juli 2015

In der UG 10-Bundeskanzleramt wurden Mittelverwendungsüberschreitungen iHv 26,3 Mio. EUR im Rahmen der Aufhebung von Mittelsperren für einige EFRE-Regionalprogramme für die Jahre 2012, 2013 und 2014 getätigt. Der Stand der Rücklagen des Detailbudgets „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ betrug zum 31. Dezember 2014 108,2 Mio. EUR. Im 1. Quartal 2015 wurden keine Mittelverwendungsüberschreitungen getätigt.



In der UG 25-Familien und Jugend wurden rd. 24 Mio. EUR für Überweisungen von Überschüssen aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zusätzliche Beiträge aus Vorjahren) an den Reservefonds für Familienbeihilfen verwendet. Zum 31. Dezember 2014 betrug der Stand an Rücklagen in der UG 25 insgesamt 30,3 Mio. EUR. Im 1. Quartal 2015 wurden keine Mittelverwendungsüberschreitungen getätigt.

In der UG 15-Finanzverwaltung wurden 15 Mio. EUR für die Sonderdotierung Nationalstiftung (Förderung von Forschung, Technologie und Entwicklung) verwendet. In der UG 40-Wirtschaft erfolgten Mittelverwendungsüberschreitungen von insgesamt rd. 22 Mio. EUR, davon 4,1 Mio. EUR für die Abdeckung des Bundesanteils 2015 für die EXPO in Mailand, 10,4 Mio. EUR für Zwecke der Investitionszuschüsse im Energiewesen und 7,6 Mio. EUR für Projekte aufgrund abgeschlossener Förder- und Abwicklungsverträge. Die UG 46-Finanzmarktstabilität entnahm 1,5 Mio. EUR für die Bedeckung von Gerichtskosten im Insolvenzverfahren „Alpine Bau GmbH“.

## Vorbelastungen

Vorbelastungen <i>in Mio. EUR</i>	2015			Auszahlungen auf UG-Ebene
	1. Quartal	2. Quartal	Gesamt	BVA 2015
UG 31-Wissenschaft und Forschung	197,057		197,057	4.119,491
UG 33-Wirtschaft (Forschung)		43,399	43,399	101,600
UG 34-Verkehr, Inn. u. Techn. (Forschung)		161,937	161,937	429,200
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie		4,000	4,000	3.349,359
UG 43-Umwelt	67,559	28,086	95,645	643,012
<b>Gesamt</b>	<b>264,616</b>	<b>237,422</b>	<b>502,038</b>	<b>74.719,218</b>

Quelle: BMF, Stand 21. Juli 2015

Im 2. Quartal 2015 wurden neue Vorbelastungen iHv 237,4 Mio. EUR eingegangen. Die betragsmäßig bedeutendsten Vorbelastungen betreffen Ausführungsverträge mit der FFG 2015 in der UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) iHv 161,9 Mio. EUR und der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie iHv 4 Mio. EUR. In der UG 33-Wirtschaft (Forschung) wurden in Summe Vorbelastungen für Forschungsförderungsprogramme iHv 43,4 Mio. EUR eingegangen, davon betreffen 30,2 Mio. EUR COMET (Ausführungsvertrag 4. Ausschreibung K1-Zentren und 6. Ausschreibung K-Projekte), 3,5 Mio. EUR Beyond Europe und 9,7 Mio. EUR Forschungskompetenzen für die Wirtschaft. Die weiteren Vorbelastungen iHv 28,1 Mio. EUR betreffen die UG 43-Umwelt, davon 17,6 Mio. EUR die internationale Klimafinanzierung, der Rest Projekte zur Altlastensanierung.